

BLICK ZURÜCK

«Eine heilsame Unruhe»

Wie eidgenössische Diplomaten in aller Welt die Proteste von 1968 wahrnehmen

Die primär von Studenten getragene Protestwelle vor fünfzig Jahren war ein globales Phänomen. Entsprechend hat sie sich in den Berichten von Schweizer Botschaftern und angehenden Diplomaten gespiegelt.

CHRISTOPH WEHRLI

«Stürzt die Ordinarien – alle Macht den Studentenräten» lautet eine Parole in Hamburg, während in Kapstadt die Apartheid Objekt von Protesten ist. Gegen den Vietnamkrieg demonstriert man im Westen, wirtschaftliche Rückständigkeit ist ein Grund der Unzufriedenheit in Jugoslawien. Und in Ägypten, wo den Herrschenden die im Sechstagekrieg erlittene Schmach vorgeworfen wird, regt sich sowohl marxistische wie islamistische Opposition. Die um 1968 ausbrechenden oder sich häufenden Proteste beschränken sich nicht auf einzelne Staaten oder Weltregionen, und sie sind von sehr unterschiedlichen Kontexten geprägt. Dies zeigt sich auch in den «politischen Berichten» der Schweizer Botschafter aus 22 Ländern in vier Kontinenten an Bern. Dort wiederum, im Auswärtigen Amt, haben zwölf Anwärter und eine Anwärterin auf die Diplomatenaufbahn, die just im Mai 1968 ihre Stage begonnen haben, eine Studie über «die Revolte der Jugend» zu erstellen, eine zusammenfassende Analyse, aus der sie auch Folgerungen für die Schweiz ziehen werden.

Universität als Angelpunkt

Was später unter 68er Bewegung subsumiert wird, zeigt bei aller Unterschiedlichkeit gemeinsame Muster. In den meisten Fällen, in Italien wie in Pakistan, in Senegal wie in den USA, ist die Unzufriedenheit mit konkreten Umständen an den Universitäten Anlass zu einer Auflehnung, die rasch der ganzen Gesellschaftsordnung gilt und die politischen Behörden provoziert. Ziemlich regelmässig lösen polizeiliche Überreaktionen eine breitere Mobilisierung aus, die wiederum die Eskalation antreibt. «Eine fatale Wechselwirkung», stellen die Stagiaires fest, wobei jeweils die Vorgänge in anderen Ländern ebenso Angst auf der Seite der Ordnungskräfte wie Solidarität und Nachahmungsdrang unter den Studenten weckten. «Das internationale Demonstrationsfieber» nennt es Guy de Keller (Dublin) in seinem Bericht über Kundgebungen der diskriminierten Katholiken in Nordirland – der Begriff deutet auch das letztlich schwer Erklärbare an. Grenzüberschreitende Kontakte unter den Aktivistinnen werden da oder dort erwähnt, kaum aber als entscheidender Grund von parallelen Entwicklungen betrachtet.

Den Unruhen sei kaum mehr als das Bestreben gemeinsam, «Leben in die Bude zu bringen, das heisst, sich dort mit nonkonformen Methoden Gehör zu ver-



Die Fehde mit Ordnungskräften (hier bei einer Demonstration in London) ist eine Konstante der 68er Bewegung. EXPRESS/NEWSPIERS/GETTY

schaffen, wo bürgerliche Konvention und politische Stagnation Stillhalten oder die Machtfülle des Staatsapparates Unterwerfung gebieten», schreibt Anton Roy Ganz, einer der ersten sozialdemokratischen Missionschefs, aus Algier. Dort spiele «die Sehnsucht nach einem westlichen Leben» (statt nach einem arabischen Sozialismus) eine wichtige Rolle – wogegen man in Westeuropa und Nordamerika diese Gesellschaft hinterfragt und von einer «Kulturrevolution» träumt. In Spanien, wo noch der Diktator Franco herrscht, wächst schlicht ein «Freiheitsdurst». Die Jugend in der Tschechoslowakei kann den Aufruf in Frankreich nicht verstehen; sie wünscht sich vor allem materielle Verbesserungen, wie Samuel François Campiche im Juni aus Prag berichtet. Er zitiert speziell einen Studenten, den er unterwegs im Auto mitgenommen hat. Skepsis herrscht offenbar gegenüber dem Reformkommunismus, dem zwei Monate später Truppen des Warschauer Paktes brutal ein Ende setzen werden.

Distanziert und doch persönlich

Wie beurteilen die Diplomaten die Ereignisse persönlich? Die Rapporte sind im Allgemeinen sachlich-distanziert gehalten. Einen Blickwinkel lässt etwa Philippe Zutter in Brüssel erkennen, der ausführlich nur direkte Informationen des belgischen Staatssicherheitschefs wiedergibt. Fast allzu gleichgültig äussert sich Roy Hunziker (Pretoria) zum Streit um eine Anstellung des «Negerlektors» Archibald Mafeje (der ausserhalb Südafrikas eine akademische Kar-

riere machen wird). Kritik an Mängeln im Hochschulwesen wird meistens ausdrücklich geteilt. In Deutschland hoffen die Vertreter der Schweiz, dass es gelinge, «den studentischen Protest in gemässigte Bahnen zu lenken» – zumal die Gefahr nicht zu übersehen sei, dass «die linksextremere Agitation (...) unweigerlich den Rechtsradikalismus auf den Plan rufen wird».

In Mexiko findet Jean-Louis Pahud im September, die Rede, die Präsident Díaz Ordaz nach Massendemonstrationen gehalten hat, «hätte nicht besser sein können»: ein standhaftes Nein zur Subversion, aber eine weit offene Tür zum Dialog mit den Studenten. Die Konfrontationen, die im Juli 400 Verletzte forderten, sind umso heftiger, als im Oktober die Olympischen Spiele stattfinden und der Machtprobe internationale Aufmerksamkeit verschaffen. Der Botschafter erwartet, dass die Regierung Ordnung und Ruhe gewährleisten werde – eine Woche später kommt es zum Massaker von Tlatelolco: Etwa 300 Personen werden bei einer Demonstration in diesem Teil der Hauptstadt von Polizei- und Armeekräften erschossen.

Die künftigen Diplomaten in Bern arbeiten an ihrer Studie bereits im Som-

mer, immerhin auch unter dem Eindruck der schweren Zusammenstösse und des Generalstreiks in Frankreich. Ihr Interesse gilt offenkundig vor allem den gesellschaftskritischen Aspekten. Das 15-seitige Exposé ist nüchtern in der Systematik und enthält auch geradezu altkluge Bemerkungen wie jene, dass «der Student in erster Linie den Ideen und weniger den Tatsachen zugänglich ist».

«Positive Seiten erkennen»

Doch die Verfasser zeigen mit differenziertem Verständnis auch ihre Nähe zur Jugend und heben deren Wunsch nach verantwortlicher Mitwirkung hervor. Dass, wie immer mehr Universitätsabsolventen beklagten, «die Zeit zum Aufstieg ganz unten auf der Stufenleiter abzusetzen» sei, ist auch eine Beschreibung der Lage der Stagiaires selber. Unter «Zukunftsperspektiven» plädiert sie am Schluss dafür, die Revolte ernst zu nehmen, ihre positiven Seiten zu erkennen und zu akzeptieren. «Schöpferische Neuerungen» seien immer von Minderheiten ausgegangen, geben sie gerade angesichts der «oft noch recht vagen und abstrusen Ideen» zu bedenken. «Die protestierende Jugend hat eine heilsame Unruhe in eine selbstgefällige, mit sich zufriedene Gesellschaft gebracht.»

Thomas Bürgisser und Sacha Zala (Hg.): «Die Revolte der Jungen». Die Berichterstattung der Schweizer Diplomatie über die globale Protestbewegung um 1968. Diplomatische Dokumente der Schweiz, Bern 2018, 142 S., Gratis-Download: www.dodis.ch/g9.

Türkei plant Schulen in der Schweiz

Ministerium für Ausländertürken will den Einfluss der Regierung stärken

st. Die Türkei hat laut einem Bericht des «Sonntags-Blicks» im Ausland ein gross angelegtes Bildungsprogramm gestartet. Dieses hat zum Ziel, in fünfzehn westlichen Ländern türkische Wochenend- und Nachmittagschulen zu gründen – auch in der Schweiz. Hinter dem staatlichen Projekt steht das Ministerium für Ausländertürken (YT), eine 2010 von der AKP-Regierung gegründete Behörde. Damit will die Regierung laut dem «Sonntags-Blick» ihren Einfluss auf schweizerisch-türkische Schüler ausbauen.

Die geplanten Schulen in der Schweiz sollen von türkischen Organisationen geführt werden und seien als freiwillige Ergänzung zur Volksschule gedacht. Stiftungen und Vereine könnten in Ankara bis Ende Juni 2018 Anträge auf Unterstützung einreichen, berichtet die Zeitung gestützt auf Dokumente aus dem YT-Ministerium. Die Klassen sollen 15 bis 25 Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 17 Jahren umfassen. Vorgesehen seien fünf Lektionen zu türkischer Sprache, Geschichte, Religion und Kultur. Laut dem Bericht befürchten liberale Türken in der Schweiz, dass der türkische Staat die Kurse dazu nutzen wolle, Schüler mit nationalistischer, islamischer Propaganda zu indoktrinieren. Erst vor Wochenfrist hat eine Theateraufführung im thurgauischen Utznach bei Sarnen für Schlagzeilen gesorgt. Die türkische Schule Romanshorn hatte ein nationalistisches Theaterstück inszeniert, in dem Kinder die Schlacht von Gallipoli von 1915 nachspielten.

Weniger freiwillige Rückkehrer

Die Starthilfe für Flüchtlinge verliert an Schubkraft

st. Die von Bundesrätin Sommaruga angepiessenen Rückkehrhilfen für Asylbewerber entwickeln sich laut einem Bericht der «SonntagsZeitung» rückläufig. Immer weniger Flüchtlinge würden das Geld – 1000 Franken pro erwachsene Person plus allfällige individuelle Zusatzhilfen – annehmen und freiwillig in ihre Heimat zurückkehren. Im vergangenen Jahr verliessen 1700 abgewiesene Asylbewerber von sich aus die Schweiz; 2012 seien es noch über 6000 Personen gewesen. Zwar sei auch die Zahl der Asylgesuche rückläufig. Der Anteil an freiwilligen Rückkehrern gegenüber denjenigen, die ausgeschafft wurden oder untertauchten, sei aber so tief wie lange nicht mehr; der Anteil sank innerhalb von sechs Jahren von 29 auf 12 Prozent.

Sommaruga erwägt nun laut der «Sonntags-Zeitung» eine Systemänderung, die in Zürich getestet wurde. Vorgesehen ist, dass die Rückkehrhilfe je mehr schrumpft, je länger jemand nicht freiwillig abreist. Laut dem Staatssekretariat für Migration wird der Bundesrat noch in diesem Jahr über die Einführung des neuen Modells entscheiden.

BLICK ZURÜCK
SCHWEIZER EPISODEN

Jede Woche beleuchtet die NZZ ein historisches Ereignis. Die Beiträge der Serie finden Sie auf:

nzz.ch/schweiz/schweizer-geschichte